

Antisemitismus in den Staaten der OSZE – Notwendigkeit und Chancen, das Vorurteil zu überwinden

Der Kampf gegen den Juden Hass gehört zu den öffentlich propagierten Zielen der OSZE als einer Gemeinschaft von 56 Staaten, die Stabilität und Sicherheit in Europa erstrebt. Im April 2004 haben sich hochrangige Delegierte in Berlin zu einer Konferenz zusammengefunden und nach dreitägigem Meinungsaustausch mit Vertretern nichtstaatlicher Organisationen eine Resolution verabschiedet, die eine klare Absage an den Antisemitismus mit einem Ideen katalog verbindet, wie dem ältesten religiösen, sozialen, politischen und kulturellen Vorurteil gegen eine Minderheit begegnet werden soll. Die „Berliner Erklärung“¹ ist ein politisches Dokument, das Postulate auf höchster Ebene fixiert. Die Umsetzung im Alltag der beteiligten Nationen in Europa, den USA und Kanada mutet angesichts der Realität wie eine Sisyphusarbeit an, um es zurückhaltend zu formulieren.

Die Rüge des Europäischen Parlaments gegen den polnischen Abgeordneten Maciej Giertych im März 2007 verweist auf die Dimension des Problems: Der parteilose, katholische Fundamentalismus anhängende Abgeordnete hatte eine Broschüre verteilt, die mit dem EU-Logo versehen den Eindruck erwecken konnte, eine offizielle Verlautbarung zu sein. Unter dem Titel „Krieg der Zivilisationen in Europa“ verkündet der Verfasser Giertych Stereotype des Rassenantisemitismus.²

In Erklärungen wurde er – zu Recht – als Propagandist sonderbarer Wertvorstellungen charakterisiert; mit der Distanzierung vom Urheber und der Verurteilung des Falles ist es aber nicht getan. Für wie viele fromme Katholiken in Polen, die den jüdenfeindlichen Tiraden von *Radio Maryja* glauben, steht der verwirrte Europa-Abgeordnete? Wie nahe oder fern sind die propagierten Gedankengänge der offiziellen Politik? Der Sohn des Abgeordneten war Bildungsminister in der konservativen polnischen Regierung, Chef der rechts-populistischen national-klerikalen Partei „Liga Polnischer Familien“ und stellvertretender Ministerpräsident. Weit über die Landesgrenzen hinaus ist er durch Kampagnen aufgefallen, die Intoleranz gegen Schwule propagieren, Freimaurer stigmatisieren und Verschwörungstheorien kultivieren. Gegen-

1 OSZE, Bulgarischer Vorsitz, Der Amtierende Vorsitzende, PC.DEL/347/04, 29. April 2004, unter: http://www.erinnern.at/e_bibliothek/antisemitismus-1/485_OSZE-Abschluss_doc.pdf; leicht verkürzt nachgedruckt in: Gert Weisskirchen, Die OSZE-Antisemitismuskonferenz in Berlin, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2004, S. 335-347, hier: S. 345-346.

2 Vgl. EU-Parlament rügt antisemitischen Abgeordneten, in: Der Tagesspiegel, Berlin, 15. März 2007.

über dem Antisemitismus hält er sich bedeckt, wenngleich sich Vater und Sohn Giertych zu ihrem geistigen Ahnherrn bekennen, dem Judenfeind Roman Dmowski (1864-1939), der in der Zwischenkriegszeit als patriotischer Publizist in Polen Einfluss hatte.³

Vom Antisemitismus und Nationalsozialismus Dmowskis versucht der ehemalige polnische Bildungsminister sich neuerdings zu distanzieren (ebenso von *Radio Maryja*). Aber in die Beteuerungen, Judenfeindschaft und Nationalismus der Zwischenkriegszeit seien Fehler gewesen, mischen sich tradierte Bilder der Judenfeindschaft, wenn Giertych argumentiert. Dazu gehört die Marginalisierung des Problems: Der Antisemitismus an polnischen Universitäten vor dem Krieg sei abscheulich gewesen, er sei aber historisch und deshalb abgetan. Dmowskis Antisemitismus erklärt Giertych nach einem erstaunten „War das wirklich so arg?“ mit demselben politischen Zynismus, der auch Dmowski zu eigen war: „Dmowski mochte keine Juden, übrigens ganz im Gegensatz zu mir, denn ich mag Juden“, um dann festzustellen, es habe „ein objektiver ökonomischer Konflikt zwischen den Juden und den Polen“ geherrscht. Die populistischen judenfeindlichen Parolen der nationalen Bewegung seien ganz falsch gewesen und es habe auch Juden in der nationalen Partei gegeben „sogar auf höchster Ebene“.⁴ Das sind Stereotypen, die immer zur Abwehr von Antisemitismusverdacht benutzt werden. Juden bleiben dabei grundsätzlich Fremde, die Mehrheit bleibt in ihrer Abwehr der Minderheit im Recht und Übersteigerungen der Abwehr werden als historisch bedauerliche Irrtümer kategorisiert. Die Einstellung ist als latenter Antisemitismus von manifester Judenfeindschaft zwar weit entfernt, sie bildet aber auch keinen tragfähigen Grund, auf dem der Umgang von Mehrheit und Minderheit miteinander in demokratischer Toleranz erfolgen kann. Polnischer Antisemitismus ist freilich weithin Judenfeindschaft ohne Juden.

Ein anderes aktuelles Beispiel beleuchtet die Situation in Ungarn. Im März 2007 ließ der reformierte Pastor Loránt Hegedüs jr., ein bekennender Rechtsradikaler, in seiner Kirche den gerichtsnotorischen britischen Antisemiten und Holocaustleugner David Irving auftreten. Die rechtsextreme Wahrheits- und Lebenspartei (MIEP) engagierte den Neonazi, der gerade eine vierzehntonatige Haftstrafe in Österreich abgesessen hatte, für eine Großkundgebung. Das Entsetzen und die Bestürzung der evangelisch-reformierten Kirche in Österreich über den ungarischen Amtsbruder ändert nichts an der Aufnahmebereitschaft eines intoleranten Publikums für judenfeindliche Parolen und wohl kaum etwas am Handlungsspielraum des einladenden Geistlichen.⁵ Der Judenhass in Ungarn – auch dafür steht das Beispiel – beschränkt sich keineswegs auf unaufgeklärte, ungebildete kleinbürgerliche und ländliche Schichten. Antisemitismus ist auch unter Ungarns Intellektuellen verbreitet

3 Vgl. Ulrich M. Schmid, Hüter der polnischen Kultur, in: Neue Zürcher Zeitung, 1. Dezember 2006.

4 Interview mit Roman Giertych, in: Gazeta Wyborcza, 16. Juli 2006. Für den Hinweis und die Übersetzung danke ich Yasemin Shooman.

5 Vgl. Aufmarsch von rechts außen, in: Der Standard, Wien, 16. März 2007.

und wird offen artikuliert. Der ungarische Schriftstellerverband verlor nach judenfeindlichen Äußerungen eines Vorstandsmitglieds zwischen 1990 und 2004 um die 200 Mitglieder – vermutlich die besten, kreativsten und bekanntesten Autoren –, er hat sich dennoch nie von den Unterstellungen gegenüber den Juden, in denen sie als Fremde, als Feinde der ungarischen Nation stigmatisiert wurden, distanziert. Imre Kertész, einer der Ausgetretenen, erklärt die judenfeindliche Haltung ungarischer Intellektueller mit Angstpsychosen. Der Schriftsteller István Eörsi, der ebenfalls aus dem Verband ausgetreten war, verwies auf das Bedürfnis, nationale Katastrophen wie den Trianon-Vertrag 1920 durch Schuldzuweisung an „die Juden“ zu erklären. Die Juden wollten die Ungarn unterdrücken, lautet die stereotype Formel der Ausgrenzung.⁶

Der Literaturnobelpreisträger Kertész diagnostiziert außerdem die Verwirrung derer, die mit der Wende den Faden verloren hätten und die Welt nicht mehr verstünden. Die eigene Entfremdung durch wütende Frontstellung gegen das Fremde zu überwinden trachtend wird das Heil in der Selbstbestätigung des Nationalen gesucht und ungeniert agiert: „Die Antisemiten des ungarischen Schriftstellerverbandes wissen noch nichts von der europäischen Etikette und verrichten ihr Werk offen, ja ich muss sagen ungestört. Weder Gesetz noch gesellschaftlicher Protest gebieten ihnen Einhalt.“⁷ Natürlich weist der Verbandsfunktionär Kornél Döbrentei, ein Dichter, der sich öffentlich einschlägig produzierte und den Protest vieler Kollegen auslöste, den Vorwurf, Antisemit zu sein, weit von sich und droht allen, die ihn so nennen, mit rechtlichen Schritten.⁸ Das Alarmierende an der Zustandsbeschreibung der ungarischen Situation ist, dass Intellektuelle mit politischem Einfluss und gesellschaftlichem Renommee Träger der Judenfeindschaft sind. Damit sind die Prognosen für Bildungskampagnen oder Aufklärungsbemühungen ziemlich ungünstig. Tröstlich ist deshalb auch nicht das schlechte Abschneiden der rechtsextremen Parteien in der Wählergunst, wenn Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft so populär ist.⁹

In Frankreich, dem europäischen Land mit der größten Zahl jüdischer Bürger (etwa 575.000 bei einer Gesamtbevölkerung von 58,5 Millionen) sind Juden im Unterschied zu Angehörigen anderer Nationen sowohl Opfer öffentlich-manifesten Antisemitismus als auch Opfer von körperlicher Gewalt, Pöbeleien und Übergriffen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Gewaltakte im Jahr 2006 um 45 Prozent auf 112. Nach Angaben des Dachverbands jüdischer Organisationen in Frankreich, des *Conseil Représentatif des Institutions juives de France*, registrierte der Schutzdienst der jüdischen Gemeinde 371

6 Vgl. István Eörsi, Peinliche Verschleppung, in: taz, 20. April 2004.

7 Imre Kertész, Ein Mythos geht zu Ende, in: Die Zeit, 1. April 2004.

8 Vgl. Kathrin Lauer, Glühende Kugeln, in: Süddeutsche Zeitung, 15. März 2004.

9 Vgl. Lautstarker ungarischer Antisemitismus – Parteienstreit und Schuldzuweisung statt Strategiedebatte, in: Neue Zürcher Zeitung, 9. Oktober 2004.

Vorfälle von manifestem Antisemitismus, das bedeutet eine Zunahme von 24 Prozent.¹⁰

Die Ereignisse und deren Hintergrund sind, ganz unabhängig von der Größenordnung der Vorfälle, beängstigend genug: Träger der aggressiven Judenfeindschaft sind junge Einwanderer aus dem Maghreb, Westafrika und der Karibik, die ihre soziale Underdog-Rolle, ihre Hoffnungslosigkeit, in der französischen Gesellschaft einen Platz zu gewinnen, durch Antisemitismus agieren, weil sie glauben, Juden seien reich, hätten Macht und Einfluss und verhinderten damit den Aufstieg der Einwanderer. Die Entführung, Lösegeldforderung und Ermordung des 23-jährigen Ilan Halimi, eines Juden marokkanischer Herkunft, durch eine Bande junger Muslime ist ein alarmierendes Signal. Der Protest zehntausender Franzosen, die gegen den aggressiven Antisemitismus der Unterschicht-Immigranten demonstrierten, wird weder die Täter und deren Nachahmer beeindrucken noch etwas an den gesellschaftlichen Zuständen ändern. Diese Immigranten führen Krieg gegen die Gesellschaft der Autochthonen und zu ihrem Rüstzeug gehört die verschwörungstheoretische Überzeugung, „die Juden“ seien selbst schuld an ihrem Unglück. Darin liegt ein besonderes Problem der französischen Gesellschaft, die nicht nur die größte jüdische Gemeinde, sondern auch die höchste Zahl von Muslimen in Europa aufweist, nämlich ungefähr sechs Millionen (das sind zehn Prozent der Gesamtbevölkerung).¹¹ Nur ein geringer Teil der Muslime ist religiös orientiert, aber fast die Hälfte bekennt sich zu massiven Vorurteilen gegenüber Juden. Bezeichnenderweise stehen die Feindbilder in Abhängigkeit vom Bildungsgrad. In afrikanisch-karibischen Kreisen der französischen Gesellschaft hat Dieudonné M’Bala M’Bala, französischer Kabarettist bretonisch-kamerunischer Abstammung, erheblichen Einfluss. Er macht mit großer Wirkung öffentlich „die Juden“ für den Sklavenhandel verantwortlich und kritisiert, dass die französische Nation die Erinnerung an den Holocaust pflegt, nicht aber des älteren – und für diese Kreise als Nachfahren der Opfer wichtigeren – Verbrechens des Sklavenhandels gedenkt. Dieudonné – so sein Künstlername – hält die Shoah für „Erinnerungspornographie“ und den Staat Israel für eine rassistische und kolonialistische Nation wie Nazideutschland. Nicht nur unter jungen Einwanderern aus Afrika und der Karibik hat der populäre Komödiant mit seinen Thesen Erfolg.¹² Im französischen Alltag manifestiert sich Judenfeindschaft in der Beleidigung von Synagogenbesuchern, in

10 Vgl. Jüdische Allgemeine/dpa, 1. März 2007. Solche Zahlenangaben und Trendmeldungen sind in erster Linie als Wahrnehmung der Betroffenen zu verstehen: Sie signalisieren das Selbstverständnis jüdischer Gemeinden und deren Bedrohungsängste. Der Annual Report des Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism, Tel Aviv, nennt 504 antisemitische Vorfälle in Frankreich im Jahr 2005 gegenüber 974 im Jahr 2004, was einem Rückgang von 48 Prozent entspricht. Vgl. Service de Protection de la Communauté Juive, Rapport sur l’Anti-Sémitisme en France 2006.

11 Vgl. Colin Nickerson, Antisemitism seen rising among France’s Muslims, in: The Boston Globe, 13. März 2006.

12 Vgl. Stephen Roth Institute, Annual Report 2005, France, S. 9, online unter: <http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2005/france.htm>.

Attacken gegen jüdische Kindergärten und Schulen, in Anschlägen auf jüdische Friedhöfe und andere Einrichtungen.

Religiöse, kulturelle und soziale Traditionen bestimmen in vielen Ländern Ostmittel- und Osteuropas, von Polen bis zum Baltikum, in Russland, in der Ukraine und in Belarus, das Bild der jüdischen Minderheit. Oftmals ist es nur noch die Erinnerung an „die Juden“, die über Generationen bis zum Holocaust als Fremde stigmatisiert, als Sündenböcke in Anspruch genommen, als Feinde vernichtet wurden. Die Abwesenheit jüdischer Bevölkerung ändert an der überlieferten Abneigung so wenig wie die Erinnerung an den Völkermord mit sechs Millionen jüdischer Opfer, der auf den Territorien Polens und der Sowjetunion begangen wurde. Auch die Tatsache, dass sich Ukrainer und Letten, Litauer und Weißrussen zu Hilfsdiensten für die Mörder gern bereit fanden, ist kein Argument gegen die tradierten Emotionen der Judenfeindschaft. Nicht ohne Grund fürchten daher auch Vertreter der Minderheit in Mitteleuropa wie der Europäische Jüdische Kongress den Import von Antisemitismus über die neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union.¹³

Antisemitische Feindbilder und Vorurteile treten alltäglich und überall in Erscheinung. Sie sind in Osteuropa Hindernisse auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft, in Westeuropa erfüllen sie, meist verdeckt und stets geleugnet, vielfache Funktionen der Ausgrenzung der jüdischen Minderheit und der Stabilisierung der Mehrheit. Während es in manchen Ländern Osteuropas durchaus salonfähig ist, Judenfeindschaft zur Schau zu tragen, wird Antisemitismus im Westen in der Regel nur von Rechtsextremen offen artikuliert.

Wahrscheinlich ist – aus gutem Grund – Antisemitismus als politische und soziale Manifestation in Deutschland besser kontrolliert und als Delikt stärker kriminalisiert als in jedem anderen Staat. Als alltägliches Vorurteil, als Einstellungsmuster gegenüber einer Minderheit ist Judenfeindschaft damit freilich nicht gebannt oder beseitigt. Vorurteile, transportiert über tradierte Stereotype und Klischees – „jüdischer Reichtum“, „jüdische Arglist“, „jüdische Raffgier“, „jüdisches Streben nach Weltherrschaft“, „jüdische Dominanz in Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien“ – sind in Deutschland so lebendig wie in anderen Ländern, allenfalls die Scheu ist größer, sich öffentlich zu solchen Feindbildern zu bekennen.

Antisemitismus, Judenfeindschaft im weitesten Sinn, konfrontiert Politik und Gesellschaft mit Definitions- und Wahrnehmungsproblemen. Verbreitet ist das Bestreben, erst bei manifester Gewalt oder gar organisierter Verfolgung von Antisemitismus zu sprechen. Einstellungen, die durch Vorbehalte ausgedrückt und als Stereotype formuliert werden, finden sich aber als alltägliche Ausprägungen von Judenfeindschaft im Kanon diskriminierenden und ausgrenzenden Verhaltens. Zur Begriffsbestimmung von Antisemitismus gehört immer, dass die Vorbehalte gegen Juden als Angehörige eines Kollektivs ge-

13 Vgl. Gefahr im Verzug. Europäischer Jüdischer Kongress warnt vor Antisemitismus in EU-Beitrittsländern, in: Jüdische Allgemeine, 11. November 2004.

richtet sind und den Einzelnen ausdrücklich „als Juden“ meinen, der dazu definiert wird als Träger vermeintlicher durch Tradition, Religion und Kultur entstandener Charaktereigenschaften.

Einsicht in die Wirkungsweise des Vorurteils schafft die Voraussetzung für das Erkennen der Zusammenhänge: Feindbilder von der Minderheit grenzen diese aus und stiften dadurch Gemeinsamkeit der Mehrheit. Das Gefühl der Einheit der Mehrheit macht Minderheiten zu angreifbaren und minderwertigen Fremden. Wenn Juden aber als Fremde definiert, Asylbewerber als Kriminelle diffamiert und Ausländer als den sozialen Frieden und Besitzstand bedrohend empfunden werden, dann spiegeln sich darin Aggressionen und Ängste der Mehrheit, die aufgelöst und überwunden werden müssen. Antisemitismus ist deshalb kein aus dem gesellschaftlichen Kontext zu isolierendes Vorurteil gegen eine bestimmte Minderheit, Antisemitismus ist vielmehr der Prototyp des sozialen und politischen Ressentiments und darum vor allem ein Indikator für den Zustand der Gesellschaft. Diese Einsicht ist der erste Schritt zur Überwindung des ausgrenzenden Vorurteils.

Zu unterscheiden sind vier Grundphänomene: erstens der christliche Antijudaismus, die religiös motivierte, aber auch kulturell, sozial und ökonomisch determinierte Form des Ressentiments gegen Juden seit dem Mittelalter; zweitens der scheinbar wissenschaftlich, anthropologisch und biologistisch argumentierende Rassenantisemitismus, der im 19. Jahrhundert entstand und in den Holocaust mündete. Die dritte Version des Vorurteils ist aktuell. Neben den Formen traditioneller Judenfeindschaft bildete sich nach dem Holocaust eine neue Form der Judenfeindschaft, der sekundäre Antisemitismus. Er ist eine eigenständige Erscheinung mit wenig manifester Ausprägung; er speist sich aus Gefühlen der Scham und Schuldabwehr: Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz werden Ressentiments gegen Juden mobilisiert. Der sekundäre Antisemitismus ist ursprünglich ein westdeutsches Phänomen, da er sich an Restitutionsleistungen festmacht, wie sie von der DDR nicht gezahlt wurden. Dafür war eine andere Erscheinungsform antijüdischer Ressentiments, der Antizionismus, Bestandteil von Politik und Propaganda in der DDR und folglich auch der Sozialisation der DDR-Bürger. „Antizionismus“ ist hier nicht als jene Strömung im Judentum zu verstehen, für die der Begriff ursprünglich stand, die die Ideen Theodor Herzls und seiner Nachfolger ablehnte, also aus theologischen oder anderen Gründen den Plan einer nationaljüdischen Heimstatt missbilligte. Antizionismus, wie er von den Ostblockstaaten vor der Wende propagiert und praktiziert wurde, meint die Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel. Die politische Kampfparole gegen den jüdischen Staat ist heute weltweit populär, und zwar mit steigender Tendenz. Die vier Grundphänomene der Judenfeindschaft – religiöser Antijudaismus, Rassenantisemitismus, sekundärer Antisemitismus und Antizionismus – bilden den Rahmen der Betrachtung von Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen.

Gespeist aus langer Tradition dienen stereotype Vorstellungen vom jüdischen Reichtum, von jüdischer Geschäftstüchtigkeit und von jüdischer Geldgier der Überzeugung, Juden würden materiell bevorzugt, sie erhielten – zu Lasten der Mehrheit, also des eigenen Wohls – unzulässige Restitutionsleistungen oder unerhörte Subventionen. Ein weiteres Motiv für Judenfeindschaft ist kleinbürgerliche Überfremdungsangst, die das Eigene bedroht sieht und die Juden zu Fremden macht. Die Juden werden in eine Stellvertreterrolle gedrängt und finden sich ausgegrenzt in einem Atemzug mit Asylbewerbern, Gastarbeitern, ausländischen Kriminellen und allem anderen, was als fremdartig Angst macht und Unbehagen erzeugt.

Dass der Tatbestand Antisemitismus zum Gegenstand subjektiver Interpretation wird, wenn Vorfälle und Entgleisungen oder Skandale und Provokationen zu interpretieren sind, ist regelmäßig zu konstatieren. Wo immer Erklärungsbedarf eintritt, hilft die „Berliner Erklärung“ der OSZE ebenso wenig weiter wie die Definition, mit der die Europäische Union eine Arbeitsgrundlage zur Beschreibung des Phänomens Judenfeindschaft zu schaffen suchte.¹⁴ In der Wissenschaft ist die Definition von Helen Fein anerkannt: Antisemitismus ist demnach „eine anhaltende latente Struktur feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich bei Individuen als Haltung, in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore sowie Einbildung und in Handlungen manifestieren [...] die dazu führen und/oder darauf abzielen, Juden als Juden zu entfernen, zu verdrängen oder zu zerstören“.¹⁵ Vertretern der Politik und der Medien sind Hilfsmittel wie dieses in der Regel jedoch nicht präsent, wenn sie Vorkommnisse im Alltagsgeschehen analysieren sollen und interpretieren müssen. Dann herrscht entweder das Bestreben, die jeweilige Sache zu bagatellisieren oder zu dramatisieren. Das lässt sich mit Beispielen leicht belegen. In Österreich wurde im März 2007 wieder der Journalistenpreis des Landes Salzburg vergeben, der nach dem Publizisten René Marcic benannt ist. Marcic war von 1959 bis 1964 Chefredakteur der renommierten „Salzburger Nachrichten“, aber von Gesinnung Klerikalfaschist mit einschlägiger Vergangenheit. Noch nach dem Holocaust hatte er – gegen den Schriftsteller Peter de Mendelssohn und gegen alle Juden gerichtet – geschrieben: „Wer über Gott und das Gebet Spott treibt [...] der darf sich nicht wundern, wenn er die Abwertung seines Wesens am eigenen Leib zu spüren bekommt und eines Tages in die Gaskammer gesteckt wird. Mendelssohn und seinesgleichen haben selber die Welt heraufbeschworen, von der sie dann verfolgt wurden.“¹⁶

14 Vgl. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), Antisemitism. Summary overview of the situation in the European Union 2001-2005. Updated version December 2006 (EUMC Working Paper).

15 Helen Fein, Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations and Actions, in: Helen Fein (Hrsg.), The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism, Berlin 1987, S. 67, zitiert nach: Susanne Wirtz, Antisemitismus in Europa, Fußnote 1, unter: http://www.tribuene-verlag.de/TR1_Antisemitismus.pdf.

16 Michael Frank, Umstrittene Auszeichnung. Publikationspreis in Salzburg nach Antisemiten benannt, in: Süddeutsche Zeitung, 14. März 2007.

Versuche, dem Preis einen anderen Namen zu geben, waren nicht nur an der Indolenz konservativer Politiker, sondern auch daran gescheitert, dass Antisemitismus nach jeweils utilitaristischen Erfordernissen definiert wird.

Ein anderes Beispiel für alltagspolitische Interessenkollision war ebenfalls im Frühjahr 2007 zu beobachten, als zwei deutsche Bischöfe bei einer Reise nach Israel sich erheblich im Ton vergriffen, von der „Ghettoisierung der Palästinenser“ sprachen und Vergleiche zwischen dem Warschauer Ghetto und der Situation der Palästinenser in Ramallah zogen. Man muss hier nicht erklären, warum die Sentenzen der katholischen Oberhirten skandalös waren und warum sie ins Spektrum des Antisemitismus gehören.¹⁷ Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, fand Worte des Bedauerns und Kurienkardinal Walter Kasper unterschied, um zu betonen, dass die bischöflichen Entgleisungen mit Antisemitismus nichts zu tun hätten, zwischen dem guten theologischen Verhältnis zwischen Christen und Juden und der davon unabhängigen notwendigen Kritik an der Politik des Staates Israel: „Seit der Konzilerklärung *Nostra aetate* ist der theologische Antijudaismus überwunden. Der politische Antisemitismus kommt leider Gottes immer wieder hoch. Da müssen wir Christen deutlich machen: Das dulden wir nicht!“¹⁸

Wenn es freilich so einfach wäre, das Nichtdulden von Judenfeindschaft im christlichen Mantel. In Polen betrachtet die Amtskirche mit Sorge und Distanz das Wirken des katholisch-patriotisch-fundamentalistischen Senders *Radio Maryja*, den der Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk mit großer Resonanz im Publikum betreibt. Auch in Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wird Volksfrömmigkeit von orthodoxen Priestern und hohen geistlichen Würdenträgern mit den traditionellen Stereotypen des Antijudaismus wie Ritualmordlegenden oder dem Gottesmordvorwurf bedient. Der kirchliche Raum bleibt der Aufklärung entzogen, und dort hat – nicht nur aus dem Christentum argumentierende – Judenfeindschaft einen Nährboden, der von politischen Resolutionen und Absichtserklärungen nicht erreicht wird.

Wie kann die für eine demokratische Wertegemeinschaft konstituierende Ablehnung des Antisemitismus (und anderer Ausgrenzungen, die auf Feindbildern gegründet sind und oft gewaltsam und immer zu Lasten der Minderheit ausgetragen werden) als verbindliche Überzeugung der Mehrheit erreicht werden und wie lässt sich diese Überzeugung praktizieren? Wie muss eine mit den Resolutionen der Politiker und Diplomaten auf hoher Ebene propagierte gute Praxis aussehen, damit aus den Deklarationen am Konferenztisch realer Bürgersinn entsteht?

Eine lockere zwischenstaatliche Organisation wie die OSZE hat nur begrenzte Möglichkeiten, auf kulturelle und soziale Einstellungen und durch ganz unterschiedliche Traditionen geprägtes Verhalten von Individuen einzuwirken. Gleichwohl hat eine internationale Gemeinschaft, die sich durch

17 Vgl: Daniel Schulz, Schockierende Bischöfe, in: taz, 8. März 2007.

18 „Das dulden wir nicht.“ Kurienkardinal Kasper zu Antisemitismus und Ökumene, in: Süddeutsche Zeitung, 13. März 2007.

die Idee der Menschenrechte, der Toleranz und der Ablehnung diskriminierender Ideologien definiert, eine wichtige Funktion. Die Gemeinschaft orientiert die ihr angehörenden Nationen auf das gemeinsame Regelwerk demokratischer Überzeugungen und daraus resultierender Pflichten. Das bildet immerhin einen Rahmen. Die Inhalte des Regelwerks können freilich nicht verbindlich im Detail festgelegt und für die Bürger der Mitgliedstaaten verpflichtend gemacht werden. Auch Sanktionen gegen Regelverstöße (durch Politiker, Vertreter gesellschaftlicher Institutionen, Eliten, einzelne Bürger) sind kaum vorstellbar. Das schränkt den Wert von Resolutionen, Absichtserklärungen und Beschwörungen erheblich ein. Aber deshalb müssen sie nicht wertlos sein.

Die Erklärung des Deutschen Bundestages von Dezember 2003, die zum Kampf gegen den Antisemitismus den Einsatz jedes Bürgers verlangt, zeigt das Ziel, deutet aber die Methoden kaum an: „Unsere Pflicht ist es, antisemitisches Denken, Reden und Handeln zu bekämpfen. Dabei ist das Engagement jedes Einzelnen gefordert. Wir wollen in Deutschland die Kultur der Verständigung und des Verstehens ausbauen. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit muss so selbstverständlich sein, dass Bürger jüdischen Glaubens ohne Angst in Deutschland ihre Heimat haben. Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten ist eine Sache der gesamten Gesellschaft. Wo nötig, muss Antisemitismus mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates auch von Polizei und Justiz bekämpft werden.“¹⁹

Mit der Erinnerung an die Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden im Zeichen einer deutschen Ideologie ist die Ablehnung von Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland so verankert, dass die Verpflichtung auch durchgesetzt werden kann, etwa durch die Kriminalisierung der Leugnung des Holocaust. Das gilt so aber nicht für die meisten anderen Staaten. Zur Überwindung des Vorurteils kann nur auf Aufklärung gesetzt werden. Konkret bedeutet das, dass im Bildungssystem jeder Nation die Entstehung, Wirkung und Auflösung von Feindbildern in der notwendigen Breite und Tiefe behandelt werden muss. Dazu sind Definitionen und Zielvorgaben, die die Vorurteilsforschung bietet, verbindlich festzulegen und in Curricula zu verankern.

Ein gemeinsamer Kanon von Bildungsinhalten genügt aber noch nicht. Zur Aufklärung gehört, dass nationale Traditionen und volkskulturelle Gewissheiten und Denkfiguren über Minderheiten, nicht nur die der Juden, überwunden werden. Nationalismus und Frömmigkeit, die auf Ausgrenzung gründen, sind, wie die angeführten Beispiele aus der Phänomenologie der Judenfeindschaft in Europa lehren, die größten Hindernisse auf dem Weg zu einer toleranten multinationalen demokratischen Gesellschaft. Nicht nur gewaltige Bildungsanstrengungen von Grund auf sind nötig, um das noch ferne Ziel zu erreichen. Genauso wichtig, wenn nicht die Voraussetzung alles auf-

19 Deutscher Bundestag, 82. Sitzung, 11. Dezember 2003.

klärerischen Bemühens, ist die Überwindung nationalstaatlichen Denkens. Denn solange jeder Appell zur Achtung von Menschenrechten mit patriotischer Empörung der jeweiligen nationalen Regierung als unerträglicher Eingriff in die Souveränität und Integrität des Staates, der die Menschenrechte missachtet – indem er etwa Judenfeindschaft toleriert oder banalisiert –, zurückgewiesen werden kann, bleibt die Überwindung des Vorurteils im besten Falle Absicht, im schlimmsten Falle Illusion.